



**BUNDESMINISTERIUM  
FÜR FINANZEN**

**Entwicklung des Bundeshaushaltes Jänner - April 2009**  
**Bericht des Bundesministers für Finanzen**  
**gemäß § 37a BHG**

## Vorblatt

### Entwicklung des Bundeshaushaltes Jänner – April 2009

Der Bundesminister für Finanzen ist gemäß § 37 a des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) verpflichtet, der Bundesregierung, den übrigen haushaltsleitenden Organen und dem Nationalrat zweimal jährlich schriftlich über den Vollzug des Bundeshaushaltes im jeweiligen Finanzjahr zu berichten.

Gemäß den diesbezüglichen Erläuterungen sollen diese Berichte jeweils bis Ende Mai sowie bis Ende Oktober des jeweiligen Finanzjahres erstattet werden und den Vergleich der laufenden Gebarung des jeweiligen Finanzjahres mit der entsprechenden Periode des Vorjahres ermöglichen.

Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2009 ist die erste Etappe der Haushaltsrechtsreform in Kraft getreten (Novelle zum Bundeshaushaltsgesetz 1986, BGBl I Nr. 20/2008). Das Budget und in Folge die Darstellung der Ergebnisse erhält auf Grund der Einführung von Rubriken und Untergliederungen eine neue Gliederung. Mit den Rubriken werden in hochaggrierter, ressortübergreifender Zusammenfassung inhaltliche Ausgabenkategorien dargestellt. Die Rubriken werden in Untergliederungen (UG) unterteilt, wobei eine UG ausschließlich jeweils einem einzigen Ressort zugewiesen wird, ein Ressort aber für mehrere UG auch in unterschiedlichen Rubriken zuständig sein kann. Im Vorjahresvergleich sind die bisherigen Budgetkapitel und deren Ausgaben/Einnahmen an die neuen Rubriken und UG angepasst. Außer dieser neuen Gliederung werden auf Grund der Haushaltsrechtsreform so genannte Budgetverlängerungen beseitigt (§ 16 Abs. 5 und 6 BHG). So werden die Ausgaben und Einnahmen von Personalämtern bei ausgegliederten Einheiten sowie Finanzierungen und Währungstauschverträge der UG 58 nur mehr mit ihrem Saldo (netto) und die Abgangsdeckung bei der zweckgebundenen Gebarung des Familienlastenausgleichsfonds und der Arbeitsmarktpolitik direkt in der zweckgebundenen Gebarung dargestellt. Diese Maßnahmen bewirken geringere Ausgaben- und Einnahmensummen, aber keine Veränderung des Saldos aus Ausgaben und Einnahmen.

Die Zahlenangaben erfolgen mit Stand Monatsende April 2009 in Millionen Euro und sind in dieser Darstellung in der Regel auf eine Stelle gerundet. Änderungen bleiben vorbehalten, Rundungsdifferenzen sind möglich. Auf Grund der unterschiedlichen unterjährigen Profile von Ausgaben und Einnahmen unterliegt insbesondere der unterjährige Budgetsaldo einer starken Schwankung. Eine Hochrechnung auf das Gesamtjahr ist somit nicht zulässig. Die in der Vergleichsspalte angeführten Daten für 2008 sind der neuen, ab 2009 geltenden Budgetgliederung angepasst, wodurch sich betragsliche Unterschiede zum vorläufigen Gebarungserfolg 2008, der dem Nationalrat als Bericht gemäß § 37 b BHG bereits vorgelegt wurde, ergeben. Darüber hinaus können sich bis zum gesetzlich festgelegten Vorlagetermin des Bundesrechnungsabschlusses (BRA) 2008 an den Nationalrat noch Änderungen hinsichtlich der Daten für 2008 ergeben. Für 2009 wird der derzeit in parlamentarischer Behandlung stehende BVA-Entwurf (BVA-E) 2009 ausgewiesen.

## Entwicklung des Bundeshaushaltes Jänner – April 2009

### 1. Gesamtüberblick

Der Bundeshaushalt stellt sich in den Monaten Jänner bis April 2009 wie folgt dar:

**Tabelle 1: Entwicklung des Bundeshaushaltes Jänner - April 2009**  
**Allgemeiner Haushalt in Mrd. €**

in Mrd. €

	Jan-April 2008 *)	Jan-April 2009	vorl. Erfolg 2008 *)	BVA-E 2009
Ausgaben	22,1	25,2	74,0	77,4
Einnahmen	17,0	15,1	64,4	63,9
Abgang	-5,1	-10,2	-9,6	-13,6

\*) die ab 2009 geltende Haushaltsrechtsreform wurde zur besseren Vergleichbarkeit auf 2008 umgelegt.

Die Ausgaben in den ersten 4 Monaten 2009 lagen mit rund 25,2 Mrd. € um rund 3,1 Mrd. € oder 14,0% über dem Vorjahresergebnis. Die wichtigsten Ausgabenänderungen gegenüber dem Ergebnis der Monate Jänner bis April 2008 ergeben sich bei folgenden Positionen (siehe Tabelle 4):

	in Mio. €	Veränd. geg. Vorjahr in %
Personalausgaben i.w.S. (Bund und Landeslehrer)	+ 347,6	+ 5,5
Laufende Verwaltungssachausgaben	+ 49,0	+ 3,5
Leistungen/Transferzahlungen	- 1.178,0	- 9,9
Zinsen und Spesen für Finanzschuldgebarung	+ 140,0	+ 6,1
Finanzmarktstabilität	+ 3.750,0	
<u>Sonstige Ausgaben</u>	<u>- 0,1</u>	
Insgesamt	+3.108,5	+ 14,0



Die Personalausgaben i.w.S. setzen sich zusammen aus dem Aktivitätsaufwand, den Kostenersätzen für die Landeslehrer, den Pensionsaufwand für Bundesbeamte, Landeslehrer, Postgesellschaften und Österreichischen Bundesbahnen (siehe Tabelle 4). Der Aktivitätsaufwand des Bundes ist um 6,1% gestiegen. Dabei sind die Geldbezüge um 3,4% und die Dienstgeberbeiträge um 33,7% gestiegen. Der Anstieg der Dienstgeberbeiträge ist auf die Abschaffung der Selbstträgerschaft und die Einführung der Beitragspflicht zum Familienlastenausgleichsfonds Mitte 2008 zurückzuführen. Der Rückgang der Transferzahlungen ist zum Großteil mit der Umwandlung von weiteren Transferzahlungen an die Länder zu Ertragsanteilen zu erklären (siehe Abschnitt 4). In den Monaten Jänner bis April 2008 wurden 3,75 Mrd. € an Partizipationskapital ausbezahlt (siehe Abschnitt 2).

Die Einnahmen blieben um knapp Mrd. € oder 11,5% hinter dem Vorjahresergebnis zurück (siehe Tabelle 5). Die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben (UG 16) sind netto um rund 1,4 Mrd. € niedriger ausgefallen als im Vorjahr (siehe Tabelle 5 und 6 sowie Abschnitt 3). Der größere Teil der Mindereinnahmen in UG 16 ergibt sich aus der Umwandlung von Zweckzuschüssen in Ertragsanteile (siehe Abschnitt 3). Die abgabenähnlichen Einnahmen stiegen gegenüber Vorjahresniveau leicht an (+38,9 Mio. €, siehe Tabelle 5). Die sonstigen Einnahmen gingen gegenüber dem Vorjahr um 489,8 Mio. € zurück. Dieser Rückgang ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr die Guthaben aus der Abrechnung der Pensionsversicherungsträger (UG 22 2008: 440,2 Mio. €) bereits im 1. Quartal erfolgt sind, während heuer die Abrechnung im Mai erfolgt (veranschlagter Betrag: 374,4 Mio. €).

## **2. Die Entwicklung der Ausgaben für Finanzmarktstabilität**

Die Ausgaben für Finanzmarktstabilität werden während des Budgetprovisoriums in der UG 45 verrechnet und nicht in der UG 46. Nach in Kraft treten des BVA 2009 werden diese Ausgaben in die UG 46 umgebucht. Bis Ende April 2009 wurden 3,75 Mrd. € für diese Aufgabe aufgewendet.

Der ERSTEN BANK wurden mit 10.3.2009 1 Mrd. € Partizipationskapital zugezählt, wobei dieser Betrag – abhängig vom Erfolg der Platzierung bei privaten Investoren - noch bis max. 2,7 Mrd. € aufgestockt wird. Für die ÖVAG wurden Anfang April 1 Mrd. €, für die RZB 1,75 Mrd. € an Partizipationskapital bereitgestellt.

Gemäß § 7 Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) und § 6 Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG), BGBl. I Nr. 136/2008, hat der Bundesminister für Finanzen dem Hauptausschuss des Nationalrates quartalsweise einen Bericht vorzulegen, in dem sämtliche Maßnahmen, die nach diesen Bundesgesetzen ergriffen wurden, detailliert dargestellt sind.

### **3. Die Entwicklung der öffentlichen Abgaben (UG 16)**

Die Bruttoeinnahmen der öffentlichen Abgaben (UG 16) waren im Zeitraum Jänner bis April 2009 mit 18,55 Mrd. € um 281,9 Mio. € (siehe Tabelle 6) oder um 1,5% niedriger als im gleichen Zeitraum 2008. Die stärksten Rückgänge zeigten erwartungsgemäß die Einkommensteuer (von -39 Mio. € auf -127 Mio. €), die Kapitalertragsteuer (-26,1%) und die Körperschaftsteuer (-28,7%). Bei Einkommen- und Körperschaftsteuer ist erst eine Vorauszahlung (Februar) enthalten. Die Aufkommenszahlen im Februar lagen aber nur um 2,2% bzw. 10,8% unter dem Vorjahr. Daraus lässt sich schließen, dass die Vorauszahlungen bei der Einkommensteuer über dem Vorjahr lagen und bei der Körperschaftsteuer um deutlich weniger als 10% rückläufig waren. Bei beiden Steuern ist übrigens die (abgezogene) Forschungsprämie stark angestiegen (40,2% bei Einkommensteuer, 23,1% bei Körperschaftsteuer). Bei der Kapitalertragsteuer I waren die Ergebnisse im März und April 2008 überdurchschnittlich hoch, sodass sich der Rückgang 2009 teilweise aus der Rückkehr zu einem normalen Saisonmuster erklären lässt. Die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer auf Zinsen liegen um 8,3% über dem Vergleichswert des Vorjahres. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer stiegen in der Berichtsperiode um 5,3%. Im April zeigen sie jedoch einen Rückgang. Dieser ist verursacht durch die teilweise Nachzahlung der rückwirkend erhöhten Kinderabsetzbeträge, die budgetär vom Aufkommen abgebucht (25% bei ESt, 75% bei LSt) werden. Bei Berücksichtigung dieses Effekts liegt das Aufkommen im Rahmen der Erwartungen.

Bei der Umsatzsteuer gab es ebenfalls einen Rückgang (-92,1 Mio. €), der allerdings vorrangig auf das Ergebnis im Monat April (-8,8%) zurück zu führen ist. Sehr starke prozentuelle Rückgänge waren bei der Sicherheitsabgabe und bei der KFZ-Steuer zu beobachten; diese fallen allerdings betragsmäßig nicht sehr stark ins Gewicht. Bei der Erbschaftssteuer waren infolge der Abrechnung großer Erbschaften die Einnahmen höher als im Voranschlag vorgesehen (über 60 Mio. € gegenüber einem BVA-E von 40 Mio. €).



Insgesamt gibt die bisherige Entwicklung der Einnahmen aus öffentlichen Abgaben keinen Anlass von den der Budgetierung 2009 zugrunde liegenden Schätzungen abzugehen.

#### 4. Entwicklung der Ertragsanteile und der Ausgaben des Finanzausgleichs (UG 44)

Bei der Entwicklung der Ertragsanteile (2/16804) und der Ausgaben in der UG 44 ist zu beachten, dass im Jahr 2009 der zweite und letzte Schritt der Umwandlung von Transfers in Ertragsanteile umgesetzt wurde. Konkret sind nunmehr auch die Bedarfszuweisungen an die Länder gemäß § 22 FAG 2008 (vorl. Erfolg 2008: 1.467,6 Mio. €) und die Zuschüsse für die Wohnbauförderung (vorl. Erfolg 2008: 1.780,5 Mio. €) entfallen und in Ertragsanteile umgewandelt worden.

Um für die Entwicklung der Ertragsanteile einen brauchbaren Vergleichswert zu erhalten, genügt es allerdings nicht, die Ausgaben für die weggefallenen Transfers hinzu rechnen, da es aufgrund der unterschiedlichen Zahlungstermine bei den vormaligen Transfers einerseits – diese wurden quartalsweise im Jänner, April, Juli und Oktober überwiesen – und den monatlichen Ertragsanteile-Vorschüssen andererseits zu weiteren Differenzen kommt. Die Entwicklung der Ertragsanteile ist daher auch um die unterschiedlichen Zahlungstermine zu bereinigen. Die bereinigten Ertragsanteile sind:

	I-IV 2008	I-IV 2009	Entwicklung	in %
<b>Ertragsanteile</b>	6.179,4	7.309,8	+1.130,4	
Bedarfszuweisungen Jänner	482,9			
Bedarfszuweisungen April 1/Drittel	75,9			
WBF-Zweckzuschuss Jänner	445,1			
WBF-Zweckzuschuss April 1/Drittel	148,4			
<b>Ertragsanteile bereinigt</b>	<b>7.331,7</b>	<b>7.309,8</b>	<b>-21,9</b>	<b>-0,3%</b>

Die Entwicklung der bereinigten Ertragsanteile korreliert somit – etwas zeitverzögert – mit der Entwicklung der Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben.

Die folgende Tabelle zeigt die bereinigte Entwicklung der Ausgaben in der UG 44:

	I-IV 2008	I-IV 2009	Entwicklung	in %
<b>Ausgaben UG 44</b>	1.766,5	137,2	-1.629,3	
Bedarfszuweisungen	-710,7			
WBF-Zweckzuschuss	-890,3			
<b>Ausgaben bereinigt</b>	<b>165,6</b>	<b>137,2</b>	<b>-28,4</b>	<b>-17,1%</b>

Die Verringerung der bereinigten Ausgaben in der UG 44 ist im Wesentlichen auf die geringeren Ausgaben des Katastrophenfonds (-29,7 Mio. €) zurückzuführen, die wiederum im Wesentlichen auf eine mit den Ländern und Gemeinden vereinbarte Änderung des Abrechnungszeitraums bei den Schäden im Vermögen der Länder und Gemeinden zurückzuführen sind.

## 5. Vorschau

Die Einhaltung des budgetierten Defizits des Bundes hängt von der tatsächlichen konjunkturellen Entwicklung 2009 ab. Entwickelt sich die österreichische Wirtschaft deutlich anders als im März vom WIFO prognostiziert, so hat dies Auswirkungen auf die automatischen Stabilisatoren (z.B. Lohn- und Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer, Ausgaben bei der Arbeitslosenversicherung, Einnahmen bei den Sozialabgaben).

**Tabelle 2: Entwicklung der Ausgaben nach Untergliederungen**  
in Mio. €

	Jan-April 2008 *)	Jan-April 2009	Differenz	vorl. Erfolg 2008 *)	BVA-E 2009	Differenz
<b>Allgemeiner Haushalt</b>						
<b>Recht und Sicherheit</b>						
01 Präsidentschaftskanzlei	2,4	2,3	-0,1	7,2	7,8	0,6
02 Bundesgesetzgebung	42,5	49,5	7,0	130,2	136,9	6,7
03 Verfassungsgerichtshof	2,9	3,2	0,3	8,7	10,9	2,1
04 Verwaltungsgerichtshof	5,0	5,5	0,5	14,3	15,8	1,5
05 Volksanwaltschaft	2,0	2,2	0,2	6,1	6,7	0,5
06 Rechnungshof	9,0	9,9	0,9	27,3	31,6	4,3
10 Bundeskanzleramt	163,2	102,5	-60,7	471,6	350,5	-121,2
<i>hievon variabel</i>				119,0	78,3	-40,7
11 Inneres	724,6	776,7	52,1	2.235,2	2.343,5	108,3
12 Äußeres	141,3	141,9	0,6	415,5	435,7	20,2
13 Justiz	355,8	370,3	14,5	1.116,6	1.172,5	56,0
14 Militärische Angelegenheiten und Sport	682,2	702,0	19,8	2.171,3	2.210,6	39,3
15 Finanzverwaltung	299,9	330,5	30,6	958,4	1.171,9	213,5
16 Öffentliche Abgaben	1,0	13,9	12,9	3,0	47,9	44,8
Rubrik 0,1	<b>2.431,8</b>	<b>2.510,5</b>	<b>78,7</b>	<b>7.565,3</b>	<b>7.942,1</b>	<b>376,8</b>
<b>Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie</b>						
20 Arbeit	1.670,2	1.811,9	141,7	4.859,5	5.980,2	1.120,8
<i>hievon variabel</i>				3.430,3	4.484,1	1.053,9
21 Soziales und Konsumentenschutz	805,5	834,5	29,0	2.112,6	2.255,4	142,8
22 Sozialversicherung	3.367,0	3.457,1	90,1	7.669,6	8.401,2	731,6
<i>hievon variabel</i>				7.669,6	8.401,2	731,6
23 Pensionen	2.812,6	2.947,6	135,0	7.369,0	7.593,9	224,9
24 Gesundheit	259,6	285,2	25,6	790,3	865,2	75,0
<i>hievon variabel</i>				315,2	462,0	146,8
25 Familie und Jugend	1.899,4	2.000,7	101,3	6.036,9	6.257,8	220,9
Rubrik 2	<b>10.814,3</b>	<b>11.337,0</b>	<b>522,7</b>	<b>28.837,9</b>	<b>31.353,7</b>	<b>2.515,9</b>
<b>Bildung, Forschung, Kunst und Kultur</b>						
30 Unterricht	2.288,8	2.403,1	114,3	6.794,5	7.173,1	378,6
31 Wissenschaft und Forschung	1.138,2	1.251,6	113,4	3.065,6	3.402,9	337,3
32 Kunst und Kultur	138,2	148,7	10,5	410,7	447,3	36,6
33 Wirtschaft (Forschung)	21,0	12,7	-8,3	75,1	79,8	4,7
34 Verkehr, Innov. u. Techn. (Forschung)	149,6	98,8	-50,8	408,9	349,5	-59,4
Rubrik 3	<b>3.735,8</b>	<b>3.914,9</b>	<b>179,1</b>	<b>10.754,8</b>	<b>11.452,5</b>	<b>697,7</b>
<b>Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt</b>						
40 Wirtschaft	109,6	110,7	1,1	389,6	494,3	104,7
41 Verkehr, Innovation u. Technologie	407,1	433,3	26,2	2.470,3	2.263,0	-207,2
42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	292,8	337,7	44,9	2.180,5	2.215,2	34,7
<i>hievon variabel</i>				1.256,5	1.353,1	96,6
43 Umwelt	81,9	116,9	35,0	533,5	825,6	292,1
44 Finanzausgleich	1.766,5	137,2	-1.629,3	3.991,0	698,9	-3.292,1
<i>hievon variabel</i>				651,2	623,1	-28,0
45 Bundesvermögen **)	180,3	3.890,9	3.710,6	2.264,1	1.549,3	-714,8
46 Finanzmarktstabilität	0,0	0,0	0,0	0,0	10.303,0	10.303,0
Rubrik 4	<b>2.838,2</b>	<b>5.026,7</b>	<b>2.188,5</b>	<b>11.828,9</b>	<b>18.349,2</b>	<b>6.520,3</b>
<b>Kassa und Zinsen</b>						
51 Kassenverwaltung	4,5	4,0	-0,5	8.208,3	705,8	-7.502,4
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	2.302,2	2.442,2	140,0	6.804,2	7.638,9	834,7
Rubrik 5	<b>2.306,7</b>	<b>2.446,1</b>	<b>139,4</b>	<b>15.012,4</b>	<b>8.344,7</b>	<b>-6.667,7</b>
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>22.126,9</b>	<b>25.235,4</b>	<b>3.108,5</b>	<b>73.999,4</b>	<b>77.442,3</b>	<b>3.442,9</b>

\*) die ab 2009 geltende Haushaltsrechtsreform wurde zur besseren Vergleichbarkeit auf 2008 umgelegt.

\*\*) Ausgaben für die Finanzmarktstabilität iHv. rd. 3,8 Mrd. Euro werden während des Budgetprovisoriums in der UG 45 verrechnet. Nach in Kraft treten des BVA 2009 werden diese Ausgaben in die UG 46 umgebucht.



**Tabelle 3: Entwicklung der Einnahmen nach Untergliederungen**  
in Mio. €

	Jan-April 2008 *)	Jan-April 2009	Differenz	vorl. Erfolg 2008 *)	BVA-E 2009	Differenz
<b>Allgemeiner Haushalt</b>						
<b>Recht und Sicherheit</b>						
01 Präsidentschaftskanzlei	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
02 Bundesgesetzgebung	1,3	1,3	0,0	3,5	3,5	0,0
03 Verfassungsgerichtshof	0,2	0,2	0,0	0,5	0,5	0,0
04 Verwaltungsgerichtshof	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0
05 Volksanwaltschaft	0,1	0,1	0,0	0,2	0,2	0,0
06 Rechnungshof	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0
10 Bundeskanzleramt	1,0	1,3	0,3	3,8	4,9	1,2
11 Inneres	32,5	36,1	3,6	101,9	113,6	11,7
12 Äußeres	1,1	1,4	0,3	5,5	3,7	-1,9
13 Justiz	248,7	272,5	23,8	816,3	792,6	-23,7
14 Militärische Angelegenheiten und Sport	16,3	15,5	-0,8	59,0	298,5	239,5
15 Finanzverwaltung	100,1	35,7	-64,4	290,9	293,9	3,1
16 Öffentliche Abgaben	10.201,5	8.798,4	-1.403,1	44.961,2	38.761,6	-6.199,6
Rubrik 0,1	<b>10.602,8</b>	<b>9.162,5</b>	<b>-1.440,3</b>	<b>46.242,9</b>	<b>40.273,3</b>	<b>-5.969,7</b>
<b>Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie</b>						
20 Arbeit	1.404,8	1.270,9	-133,9	4.725,1	4.641,2	-83,9
21 Soziales und Konsumentenschutz	3,4	2,8	-0,6	8,5	10,6	2,1
22 Sozialversicherung	453,5	4,2	-449,3	466,5	405,4	-61,1
23 Pensionen	558,8	560,7	1,9	1.505,2	1.475,9	-29,3
24 Gesundheit	13,1	15,4	2,3	56,3	57,0	0,7
25 Familie und Jugend	1.617,3	1.726,6	109,3	5.549,1	5.673,0	123,8
Rubrik 2	<b>4.050,9</b>	<b>3.580,6</b>	<b>-470,3</b>	<b>12.310,7</b>	<b>12.263,0</b>	<b>-47,6</b>
<b>Bildung, Forschung, Kunst und Kultur</b>						
30 Unterricht	27,4	23,3	-4,1	76,8	66,4	-10,4
31 Wissenschaft und Forschung	2,2	2,3	0,1	23,5	10,1	-13,4
32 Kunst und Kultur	7,5	5,4	-2,1	21,1	23,8	2,7
33 Wirtschaft (Forschung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
34 Verkehr, Innov. u. Techn. (Forschung)	0,3	0,0	-0,3	3,2	0,0	-3,1
Rubrik 3	<b>37,4</b>	<b>31,0</b>	<b>-6,4</b>	<b>124,6</b>	<b>100,2</b>	<b>-24,3</b>
<b>Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt</b>						
40 Wirtschaft	52,6	72,2	19,6	146,8	160,5	13,7
41 Verkehr, Innovation u. Technologie	50,0	61,5	11,5	253,3	194,1	-59,1
42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	78,0	63,2	-14,8	240,9	198,6	-42,3
43 Umwelt	7,3	6,2	-1,1	314,3	350,4	36,1
44 Finanzausgleich	134,8	138,2	3,4	478,1	451,1	-27,0
45 Bundesvermögen	478,7	572,2	93,5	1.312,0	1.505,2	193,2
46 Finanzmarktstabilität	0,0	0,0	0,0	0,0	170,0	170,0
Rubrik 4	<b>801,5</b>	<b>913,5</b>	<b>112,0</b>	<b>2.745,3</b>	<b>3.029,9</b>	<b>284,6</b>
<b>Kassa und Zinsen</b>						
51 Kassenverwaltung	1.549,5	1.393,5	-156,0	3.011,9	8.217,8	5.205,9
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	0,0	0,0	0,0	0,0		0,0
Rubrik 5	<b>1.549,5</b>	<b>1.393,5</b>	<b>-156,0</b>	<b>3.011,9</b>	<b>8.217,8</b>	<b>5.205,9</b>
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>17.042,1</b>	<b>15.081,1</b>	<b>-1.961,0</b>	<b>64.435,3</b>	<b>63.884,2</b>	<b>-551,2</b>

\*) die ab 2009 geltende Haushaltsrechtsreform wurde zur besseren Vergleichbarkeit auf 2008 umgelegt.

**Tabelle 4: Entwicklung der Ausgaben nach ökonomischen Kriterien**  
in Mio. €

Ausgaben	Jan-April 2008 *)	Jan-April 2009	Differenz	vorl. Erfolg 2008 *)	BVA-E 2009	Differenz
<b>Personalausgaben</b>	6.306,1	6.653,7	347,6	17.208,5	18.021,4	812,9
<b>aktives Personal</b>	3.582,6	3.798,1	215,5	10.093,4	10.694,0	600,6
Bund	2.411,0	2.559,2	148,2	6.872,6	7.287,8	415,2
Landeslehrerkostenersätze	1.171,6	1.239,0	67,4	3.220,7	3.406,3	185,6
<b>Pensionen</b>	2.723,5	2.855,6	132,1	7.115,1	7.327,4	212,3
Bund	1.227,9	1.275,8	47,9	3.153,3	3.260,0	106,7
Landeslehrerkostenersätze	361,5	394,6	33,1	1.003,5	1.030,2	26,7
Postgesellschaften	446,2	454,4	8,2	1.140,2	1.150,0	9,8
Österr. Bundesbahnen	687,9	730,7	42,8	1.818,1	1.887,1	69,0
<b>Laufende (Verwaltungs-)Sachausgaben</b>	1.404,3	1.453,3	49,0	5.392,7	6.112,6	719,9
<b>Bruttoinvestitionen</b>	24,4	20,9	-3,5	193,4	177,5	-15,9
<b>Leistungen/Transferzahlungen</b>	11.906,1	10.728,1	-1.178,0	34.825,7	34.415,5	-410,2
für familienpolitische Maßnahmen	1.925,0	2.037,7	112,7	6.107,7	6.338,9	231,2
im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik	1.240,1	1.378,6	138,5	3.353,6	4.311,6	958,0
im Rahmen der ges. Sozialversicherung	4.041,6	4.173,8	132,2	9.418,9	10.359,5	940,6
an Unternehmen	501,9	467,7	-34,2	3.707,4	3.514,0	-193,4
davon Transferzahlungen an die ÖBB	43,9	62,2	18,3	1.236,4	932,8	-303,6
Sonstige Transferleistungen	4.197,5	2.670,4	-1.527,1	12.238,1	9.891,4	-2.346,7
davon						
Transferz. an Länder	1.762,5	149,9	-1.612,6	3.904,6	767,6	-3.137,0
Transferz. an Gemeinden	280,6	399,2	118,6	588,9	861,9	273,0
<b>Zinsen und Spesen i.R. der Finanzschuldgebarung</b>	2.302,2	2.442,2	140,0	6.804,2	7.638,9	834,7
<b>Sonstige Ausgaben des allg. Haushaltes</b>	183,8	3.937,2	3.753,4	9.575,1	11.076,6	1.501,5
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>22.126,9</b>	<b>25.235,4</b>	<b>3.108,5</b>	<b>73.999,4</b>	<b>77.442,3</b>	<b>3.442,9</b>

\*) die ab 2009 geltende Haushaltsrechtsreform wurde zur besseren Vergleichbarkeit auf 2008 umgelegt.

**Tabelle 5: Entwicklung der Einnahmen nach ökonomischen Kriterien**  
in Mio. €

Einnahmen	Jan-April 2008 *)	Jan-April 2009	Differenz	vorl. Erfolg 2008 *)	BVA-E 2009	Differenz
<b>Öffentliche Abgaben</b>						
Untergliederung (UG) 16						
Einkommen- und Vermögenssteuern	4.809,1	3.985,6	-823,5	24.350,7	19.963,8	-4.386,9
Übrige öffentliche Abgaben	6.614,5	6.012,7	-601,8	22.642,6	20.957,8	-1.684,8
Sonstige Einnahmen	5,8	5,1	-0,7	17,5	40,0	22,5
Summe öffentliche Abgaben	11.429,4	10.003,4	-1.426,0	47.010,9	40.961,6	-6.049,3
abzüglich						
Beitrag zur Europäischen Union	-1.227,9	-1.205,0	22,9	-2.049,7	-2.200,0	-150,3
UG 16 (netto)	10.201,5	8.798,4	-1.403,1	44.961,2	38.761,6	-6.199,6
Überweisungen (Abgabenanteile)						
Direkte Abgaben	442,3	372,0	-70,3	1.398,1	1.206,7	-191,4
Indirekte Abgaben	152,8	116,1	-36,7	360,9	435,2	74,3
<b>Summe Abgaben des Bundes</b>	10.796,6	9.286,5	-1.510,1	46.720,2	40.403,4	-6.316,8
<b>Abgabenähnliche Einnahmen</b>						
Direkte Abgaben	2.653,6	2.706,0	52,4	9.146,5	9.311,1	164,6
Hievon:						
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	1.401,9	1.270,0	-131,9	4.709,8	4.579,4	-130,4
Dienstgeberbeiträge zum FLAF	1.244,2	1.429,4	185,2	4.399,3	4.693,2	293,9
Indirekte Abgaben	17,7	4,2	-13,5	18,6	4,2	-14,4
<b>Summe abgabenähnliche Einnahmen</b>	2.671,3	2.710,2	38,9	9.165,1	9.315,4	150,3
sonstige Einnahmen	3.574,2	3.084,4	-489,8	8.552,2	14.165,4	5.613,2
<b>Summe</b>	<b>17.042,1</b>	<b>15.081,1</b>	<b>-1.961,0</b>	<b>64.437,5</b>	<b>63.884,2</b>	<b>-553,3</b>

\*) die ab 2009 geltende Haushaltsrechtsreform wurde zur besseren Vergleichbarkeit auf 2008 umgelegt.



**Tabelle 6: Entwicklung der öffentlichen Abgaben (Untergliederung 16)**  
in Mio. €

Ansatz	Bezeichnung	Jan-April 2008 *)	Jan-April 2009	Differenz	vorl. Erfolg 2008 *)	BVA-E 2009	Differenz
2/16004	Veranlagte Einkommensteuer	-39,2	-126,7	-87,5	2.741,8	2.600,0	-141,8
2/16014	Lohnsteuer	6.538,3	6.887,2	348,9	21.308,4	20.000,0	-1.308,4
2/16024	Kapitalertragsteuer	304,0	224,6	-79,4	1.572,9	1.200,0	-372,9
2/16025	Kapitalertragsteuer auf Zinsen	302,3	327,4	25,1	2.177,4	1.800,0	-377,4
2/16026	EU-Quellensteuer	0,2	0,2	0,0	90,7	110,0	19,3
2/16034	Körperschaftsteuer	1.060,2	756,0	-304,2	5.934,4	4.800,0	-1.134,4
2/16036	Abgabe von Zuwendungen	0,1	0,5	0,4	0,4	1,0	0,6
2/16044	Gewerbsteuer	0,1	0,2	0,1	0,2	0,0	-0,2
2/16054	Bundesgewerbsteuer	0,1	0,2	0,1	0,2	0,0	-0,2
2/16064	Stiftungseingangssteuer		2,5	2,5	0,0	10,0	10,0
2/16066	Erbschafts- und Schenkungssteuer	43,6	60,8	17,2	142,7	40,0	-102,7
	Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen	4,5					
2/16074	Betrieben		4,6	0,1	20,2	20,0	-0,2
2/16084	Bodenwertabgabe	1,3	1,4	0,1	5,6	5,0	-0,6
2/16086	Wohnbauförderungsbeitrag	256,2	263,9	7,7	785,0	800,0	15,0
2/16180	Kunstförderungsbeitrag	8,3	8,4	0,1	16,6	16,0	-0,6
2/16204	Umsatzsteuer	6.988,5	6.896,4	-92,1	21.853,1	21.900,0	46,9
2/16304	Zölle, Ein- und Ausfuhrabgaben	84,7	0,0	-84,7	229,7	0,0	-229,7
2/16404	Tabaksteuer	343,0	347,4	4,4	1.424,5	1.350,0	-74,5
2/16414	Biersteuer	48,3	52,7	4,4	189,6	190,0	0,4
2/16444	Mineralölsteuer	962,8	925,1	-37,7	3.893,9	3.900,0	6,1
2/16464	Alkoholsteuer	44,2	45,5	1,3	124,0	120,0	-4,0
2/16484	Schaumweinsteuer	0,5	0,5	0,0	1,3	1,0	-0,3
2/16514	Stempel-, Rechtsgebühren etc	268,6	265,4	-3,2	810,9	805,0	-5,9
2/16604	Kapitalverkehrssteuern	41,9	43,5	1,6	88,9	80,0	-8,9
2/16605	Sicherheitsabgabe	14,6	11,2	-3,4	64,1	65,0	0,9
2/16606	Werbeabgabe	35,9	33,1	-2,8	114,0	110,0	-4,0
2/16614	Punzierungskontrollgebühr	0,3	0,3	0,0	0,9	1,0	0,1
2/16615	Energieabgabe	238,2	221,0	-17,2	709,1	720,0	10,9
2/16624	Normverbrauchsabgabe	129,1	115,6	-13,5	471,9	430,0	-41,9
2/16634	Grunderwerbsteuer	221,8	200,2	-21,6	651,6	680,0	28,4
2/16644	Versicherungssteuer	314,2	313,9	-0,3	1.021,8	1.020,0	-1,8
2/16645	Motorbezogene Versicherungssteuer	424,3	432,7	8,4	1.474,8	1.500,0	25,2
2/16654	Straßenbenützungsabgabe	0,1	0,0	-0,1	0,1	0,0	-0,1
	Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene	11,6					
2/16661	Einnahmen)		9,4	-2,2	41,6	38,8	-2,8
2/16664	Kraftfahrzeugsteuer	9,9	8,1	-1,8	35,5	36,2	0,7
2/16674	Spielbankabgabe	24,9	23,6	-1,3	73,3	75,0	1,7
2/16675	Konzessionsabgabe	63,5	68,6	5,1	215,2	200,0	-15,2
2/16690	Altlastenbeitrag (zweckgeb. Einnahmen)	17,0	19,3	2,3	64,4	40,0	-24,4
2/16704	Nebenanprüche und Resteingänge	65,3	106,8	41,5	177,3	80,0	-97,3
2/16705	Ökopremiengesetz			0,0	0,0	22,5	22,5
	<b>Bruttoeinnahmen</b>	<b>18.833,2</b>	<b>18.551,3</b>	<b>-281,9</b>	<b>68.528,3</b>	<b>64.766,5</b>	<b>-3.761,8</b>
2/16804	Ertragsanteile der Länder u. Gemeinden	-6.179,4	-7.309,8	-1.130,4	-17.921,2	-20.314,4	-2.393,2
2/16805	Krankenanstaltenfinanzierung	-41,7	-43,9	-2,2	-128,5	-131,1	-2,6
2/16814	Gewerbsteuer an die Gemeinden	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,1
2/16824	UStanteil für Gesundheitsförderung	-2,4	-2,4	0,0	-7,3	-7,3	0,0
2/16825	Für GSBG	-632,5	-684,2	-51,7	-1.763,5	-1.770,0	-6,5
2/16826	Überweisung gem. § 447a ASVG	0,0	0,0	0,0	-12,4	-12,4	0,0
2/16834	Siedlungswasserwirtschaft	-104,5	-63,5	41,0	-212,7	-278,1	-65,4
		-0,9					
2/16844	Überweisung gem. EU-Quellensteuergesetz		-2,4	-1,5	-60,4	-75,0	-14,6
	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	-133,8					
2/16874	(Anteile)		-131,7	2,1	-373,3	-209,3	164,0
2/16875	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	-215,7	-215,7	0,0	-690,4	-690,4	0,0
	(Abgeltungen)						
2/16894	An den Katastrophenfonds	-92,8	-94,0	-1,2	-347,7	-317,0	30,7
2/16904	Beitrag zur Europäischen Union	-1.227,9	-1.205,0	22,9	-2.049,7	-2.200,0	-150,3
	<b>Nettoeinnahmen</b>	<b>10.201,5</b>	<b>8.798,4</b>	<b>-1.403,1</b>	<b>44.961,1</b>	<b>38.761,5</b>	<b>-6.199,5</b>

\*) die ab 2009 geltende Haushaltsrechtsreform wurde zur besseren Vergleichbarkeit auf 2008 umgelegt.